

Bundesversammlung

Assemblée fédérale

Assemblea federale

Assamblea federala



14.014 ns Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung der OSZE. Bericht

Bericht vom 31. Dezember 2013 der Schweizer Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung der OSZE

Die Delegation vertritt das Schweizer Parlament in der Parlamentarischen Versammlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (PV OSZE). In dieser Funktion nimmt sie an verschiedenen Tagungen und Aktivitäten teil, die im Rahmen der PV OSZE oder der mit ihr verbundenen Institutionen durchgeführt werden.

Gemäss Artikel 9 Absatz 2 der Verordnung der Bundesversammlung über die Pflege der internationalen Beziehungen (VPiB; SR 171.117) vom 28. September 2012 unterbreitet sie den eidgenössischen Räten ihren Jahresbericht 2013.

Antrag der Delegation

Wir bitten Sie, vom vorliegenden Bericht Kenntnis zu nehmen.

Für die Delegation:
Die Präsidentin

Christine Egerszegi-Obrist

Inhalt des Berichts

- 1 Einleitung
- 2 Wintertagung der PV OSZE am 21. und 22. Februar 2013 in Wien
- 3 Jahrestagung der PV OSZE vom 29. Juni bis 3. Juli 2013 in Istanbul
- 4 Herbsttagung der PV OSZE vom 13. bis 15. Oktober 2013 in Budva
- 5 Arbeiten und Schlussfolgerungen der Delegation
- 6 Reisekosten der Delegation



1 Einleitung

In der Parlamentarischen Versammlung der OSZE (PV OSZE), die 1990 mit der «Charta von Paris für ein neues Europa» ins Leben gerufen wurde, sind Abgeordnete aus 57 Staaten Nordamerikas, Europas und Zentralasiens vereinigt. Die PV OSZE versteht sich als Garantin für die Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Die Hauptaufgabe der 323 Mitglieder der Versammlung besteht darin, den Dialog und die interparlamentarische Zusammenarbeit zu fördern und auf diese Weise die Demokratie in der gesamten Region der OSZE zu stärken.

Die Parlamente aller OSZE-Mitgliedstaaten sind berechtigt, Vertreter und Vertreterinnen in die Parlamentarische Versammlung zu entsenden. Die Bundesversammlung wird durch acht Mitglieder vertreten. Diese bilden die ständige Schweizer Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung der OSZE.

Der vorliegende Bericht konzentriert sich auf die Beiträge der Schweizer Delegation sowie auf die Debatten zu aktuellen Themen, welche die vielseitigen Aktivitäten der PV OSZE im vergangenen Jahr mitgeprägt haben. Die Berichte des Sekretariats der PV OSZE über die im Berichtsjahr durchgeführten Tagungen können auf der Website der Versammlung eingesehen werden (www.oscepa.org).

1.1 Struktur und Arbeitsweise der PV OSZE

Die wichtigsten Organe der Versammlung sind der Vorsitz, der Ständige Ausschuss, das Präsidium, die drei Allgemeinen Ausschüsse sowie das Internationale Sekretariat.

Bei jeder Jahrestagung wählt die Versammlung ihren Präsidenten, der als höchste Autorität der Versammlung gilt und die Sitzungen leitet. Der Präsident wird in seinen Aufgaben von neun Vizepräsidenten unterstützt, die von der Versammlung für eine Amtsdauer von drei Jahren gewählt werden. Der Präsident, die Vizepräsidenten und der Schatzmeister bilden das Präsidium der Versammlung. Im ersten Quartal 2013 leitete der Italiener Riccardo Migliori, der am 9. Juli 2012 in Monaco zum Präsidenten gewählt worden war, die Arbeiten der PV OSZE. Da er bei den italienischen Parlamentswahlen im Februar 2013 jedoch kein neues Mandat erhielt, übernahm ab dem 3. Juli 2013 der Montenegriner Ranko Krivokapic den Vorsitz der Parlamentarischen Versammlung.

Der Ständige Ausschuss bereitet zwischen den Tagungen die Arbeiten der Versammlung vor und gewährleistet dadurch eine grössere Effizienz. Er besteht aus den Mitgliedern des Präsidiums der PV OSZE, den Mitgliedern der Präsidien der Allgemeinen Ausschüsse sowie aus den Präsidenten und Präsidentinnen der nationalen Delegationen.

Den drei Allgemeinen Ausschüssen obliegt die Beratung der OSZE-Angelegenheiten: Der Allgemeine Ausschuss für politische Angelegenheiten und Sicherheit («Erster Ausschuss») ist zuständig für Fragen der politischen Beziehungen zwischen den Staaten sowie der militärischen Sicherheit. Dazu gehören auch sicherheitspolitische Massnahmen, Rüstungsabbau, Friedenssicherung, Konfliktprävention, Krisenmanagement und die friedliche Beilegung von Streitigkeiten.

Der Allgemeine Ausschuss für wirtschaftliche Angelegenheiten, Wissenschaft, Technologie und Umwelt («Zweiter Ausschuss») widmet sich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Entwicklung



der Marktwirtschaft im OSZE-Raum. Er nimmt ausserdem Stellung zu zahlreichen Themen im Zusammenhang mit Energiefragen.

Der Allgemeine Ausschuss für Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Fragen schliesslich («Dritter Ausschuss») beschäftigt sich, wie sein Name sagt, mit humanitären Fragen, die ins Tätigkeitsgebiet der OSZE fallen. Ein grosser Teil der Probleme in diesem sensiblen Bereich wird vom Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR), vom Hochkommissariat für nationale Minderheiten sowie vom OSZE-Vertreter für Medienfreiheit behandelt.

Die Tätigkeiten der Versammlung konzentrieren sich auf drei Haupttagungen pro Jahr: die Wintertagung, die Jahrestagung und die Herbsttagung.

An der Wintertagung hat die Versammlung Gelegenheit, mit Vertretern der Exekutivorgane der OSZE über Angelegenheiten zu diskutieren, die mit den Tätigkeiten dieser Organisation zusammenhängen. Hier können sich die Allgemeinen Ausschüsse zudem auf die bevorstehende Jahrestagung vorbereiten. Schliesslich trifft sich die Versammlung stets auch zu einer Plenarsitzung, um über aktuelle Themen zu diskutieren. Die Wintertagung 2013 fand am 21. und 22. Februar in Wien statt. Die aktuelle Debatte war der Lage in Syrien, in der Sahel-Zone und in Nordafrika gewidmet (siehe Kapitel 2).

Die Jahrestagung ist der grösste Anlass der PV OSZE. Die Debatten in der Versammlung beziehungsweise jene innerhalb ihrer Allgemeinen Ausschüsse konzentrieren sich meistens auf ein vorgängig festgelegtes Thema. Dabei befasst sich jeder Ausschuss mit dem Bericht und dem Entschliessungsentwurf, die ihm von seinem Generalberichtersteller vorgelegt werden. Die Entschliessungsentwürfe der Generalberichtersteller werden entsprechend den Entscheiden der zuständigen Ausschüsse abgeändert und letztlich in die Schlusserklärung aufgenommen. Diese Erklärung wird zum Abschluss der Jahrestagung von der Plenarversammlung verabschiedet.

Die Versammlung beschäftigt sich ausserdem mit zusätzlichen Beratungsgegenständen, die nicht im Zusammenhang mit dem Hauptthema der Jahrestagung stehen und von allen Mitgliedern der Versammlung vorgeschlagen werden können. Diese zusätzlichen Traktanden sind in Form von Entschliessungsentwürfen ausgearbeitet und werden den für ihre Behandlung zuständigen Allgemeinen Ausschüssen zugewiesen. Sie können jedoch auch direkt in der Plenarversammlung behandelt werden, wenn ihr Anliegen die gesamte Versammlung betrifft. Nach der Behandlung in den Ausschüssen und der Verabschiedung durch die Plenarversammlung werden sie der Schlusserklärung beigefügt. Die Jahrestagung 2013 fand vom 29. Juni bis zum 3. Juli in Istanbul statt und beschäftigte sich mit dem Thema «Helsinki+40» (siehe Kapitel 3). Es sei darauf hingewiesen, dass das Präsidium der PV OSZE mit der Wahl dieses Themas einem Antrag der Schweizer Delegation zuhanden des damaligen Präsidenten Migliori entsprach.

An der Herbsttagung, der letzten Plenarversammlung der PV OSZE des Jahres, wird jeweils ein besonderes Thema vertieft behandelt. Die Herbsttagung von 2013, die vom 13. bis 15. Oktober in Budva (Montenegro) stattfand, beschäftigte sich mit dem Thema «Bekämpfung von Terrorismus und transnationalen Bedrohungen im OSZE-Raum unter Wahrung der Menschenrechte» (siehe Kapitel 4).

Bis 2013 wurden an den Winter- und Jahrestagungen jeweils die Fortschritte der Mitgliedstaaten bei der Umsetzung der an der Jahrestagung im Vorjahr verabschiedeten Entschliessungen geprüft; im Jahr 2013 also die Umsetzung der Entschliessungen von der Jahrestagung 2012 in Monaco (5. bis 9. Juli 2012). Der Ständige Ausschuss hob die entsprechende Bestimmung an seiner Sitzung vom



29. Juni 2013 in Istanbul jedoch auf, weshalb die Delegation diese Aufgabe heuer zum letzten Mal zu erfüllen hatte (siehe Kapitel 5.1).

Der vorliegende Tätigkeitsbericht gibt natürlich auch Auskunft über die prägenden Elemente der Arbeit der Delegation im Berichtsjahr und über die strategischen Schwerpunkte für die Zukunft (siehe Kapitel 5.2).

Ebenfalls zu erwähnen ist die wichtige Tätigkeit der Versammlung im Bereich der **Wahlbeobachtungen**. Diese Missionen werden gemeinsam vom BDIMR und von der PV OSZE durchgeführt. Ständerätin Christine Egerszegi-Obrist reiste in diesem Zusammenhang am 27. Oktober 2013 nach Georgien und **Nationalrätin Margret Kiener Nellen** am 6. November 2013 nach Tadschikistan sowie am 15. Dezember 2013 nach Turkmenistan. Frau Kiener Nellen wurde in beiden Ländern sehr freundlich empfangen und konnte keine administrativen Behinderungen der dortigen Wahlbeobachtungsmissionen feststellen. Die Unregelmässigkeiten, die von den Wahlbeobachtern vor Ort festgestellt wurden, sind Gegenstand detaillierter Berichte, die unter www.oscepa.org abgerufen werden können.

1.2 Zusammensetzung und Organisation der Schweizer Delegation

Die Delegation setzt sich aus drei Mitgliedern des Ständerates und drei Mitgliedern des Nationalrates zusammen. Ausserdem wird je ein Mitglied des Ständerates und des Nationalrates als Ersatzmitglied bestimmt (Art. 6 Abs. 1 Bst. e VPiB). Die Delegation konstituiert sich jeweils für vier Jahre selbst und bestimmt für eine Dauer von zwei Jahren eine Präsidentin oder einen Präsidenten sowie eine Vizepräsidentin oder einen Vizepräsidenten (Art. 7 Abs. 1 VPiB).

Neben ihrer Präsidentin, Ständerätin Christine Egerszegi-Obrist (FDP, AG) gehörten der Delegation im Jahr 2013 folgende Mitglieder an:

- Nationalrat Andreas Aebi (SVP, BE), Vizepräsident der Delegation, ordentliches Mitglied;
- Nationalrätin Hildegard Fässler-Osterwalder (SP, SG), ordentliches Mitglied;
- Nationalrätin Ida Glanzmann-Hunkeler (CVP, LU), ordentliches Mitglied;
- Ständerat Alex Kuprecht (SVP, SZ), ordentliches Mitglied;
- Ständerat Paul Niederberger (CVP, NW), ordentliches Mitglied,
- Ständerat Claude Hêche (SP, JU), Ersatzmitglied;
- Nationalrat Hugues Hiltbold (FDP, GE), Ersatzmitglied.

Die im ersten Quartal 2013 zurückgetretene Nationalrätin Hildegard Fässler-Osterwalder wurde am 4. März 2013 durch **Nationalrätin Margret Kiener Nellen (PS, BE)** ersetzt.

Die Sitze in den drei Allgemeinen Ausschüssen der PV OSZE waren wie folgt verteilt:

- Ausschuss für politische Angelegenheiten und Sicherheit: Ida Glanzmann-Hunkeler, Alex Kuprecht;
- Ausschuss für wirtschaftliche Angelegenheiten, Wissenschaft, Technologie und Umwelt: Andreas Aebi, Paul Niederberger;
- Ausschuss für Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Fragen: Christine Egerszegi-Obrist, Hildegard Fässler-Osterwalder, letztere in der Folge ersetzt durch **Margret Kiener Nellen**.

Die Schweizer Delegation tritt regelmässig in Bern zu Sitzungen zusammen, um sich auf bevorstehende Tagungen der Parlamentarischen Versammlung der OSZE vorzubereiten und sich von Vertretern der zuständigen Bundesbehörden über OSZE-Angelegenheiten und



Regierungsgeschäfte, die in einem Zusammenhang zu den verschiedenen Aktivitäten der OSZE stehen, informieren zu lassen.

Im Berichtsjahr trat die Delegation an folgende fünf Daten zusammen:

- 13. Februar 2013;
- 22. Mai 2013;
- 19. Juni 2013;
- 20. November 2013;
- 11. Dezember 2013.

2 Wintertagung der PV OSZE am 21. und 22. Februar 2013 in Wien

An der 12. Wintertagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, die am 21. und 22. Februar 2013 in Wien stattfand, nahmen mehr als 200 parlamentarische Vertreterinnen und Vertreter aus dem OSZE-Raum teil. Die Mitglieder des Ständigen Ausschusses und der drei Allgemeinen Ausschüsse hatten an dieser Tagung die Gelegenheit, mit verschiedenen Experten und Spitzenvertretern der OSZE über Themen ihrer jeweiligen Sachbereiche zu diskutieren.

Wie jedes Jahr hörte die Versammlung einen Vertreter jenes Landes an, das den OSZE-Vorsitz innehat. So präsentierte ein Vertreter der Ukraine die Prioritäten seines Landes für das Jahr 2013. Des Weiteren wurde eine Sonderdebatte über die möglichen Reaktionen der OSZE-Staaten auf die Krisen in Syrien, in der Sahel-Zone und in Nordafrika durchgeführt. Darüber hinaus diente diese Wintertagung auch der Vorbereitung der Jahrestagung. In diesem Zusammenhang präsentierten die Berichtstatter der drei Allgemeinen Ausschüsse die Schlüsselpunkte ihrer Berichte für die Jahrestagung in Istanbul.

Vor dem Hintergrund, dass die PV OSZE jüngst das Kooperationsabkommen von 1997 über die Modalitäten der gemeinsamen Wahlbeobachtungsmissionen des BDIMR und der PV OSZE einseitig aufgekündigt hat, fanden im Ständigen Ausschuss überaus intensive Diskussionen statt.

Zu der von Ständerätin Christine Egerszegi-Obrist präsierten Delegation gehörten des Weiteren die Nationalrätinnen Ida Glanzmann-Hunkeler und Hildegard Fässler-Osterwalder sowie Nationalrat Hugues Hiltbold und Ständerat Claude Hêche.

2.1 Gemeinsame Sitzungen der drei Allgemeinen Ausschüsse am 21. und 22. Februar 2013

Die erste Vollversammlung wurde am Donnerstag, 21. Februar 2013, vom Präsidenten der PV OSZE, Riccardo Migliori, eröffnet. Dieser betonte die Bedeutung der Missionen der OSZE in ihren drei Tätigkeitsbereichen, der politisch-militärischen, der wirtschaftlich-ökologischen und der menschlichen Dimension. Anschliessend übergab er das Wort an die Präsidentin des österreichischen Parlaments, Barbara Prammer, die sich bei Irland für die ausgezeichnete Organisation des Ministerrates im Dezember 2012 in Dublin bedankte. Anschliessend wies sie darauf hin, dass der Zivilgesellschaft beim Helsinki+40-Prozess eine wichtige Rolle zukomme. Sie bedauerte, dass man in Dublin im Rahmen der menschlichen Dimension zu keinen Beschluss gelangt sei. Sie versicherte dem ukrainischen Vorsitz ihre Unterstützung und äusserte den Wunsch, die Transparenz und die politisch-militärische Zusammenarbeit zwischen den Ländern des OSZE-Raums möge verbessert werden.

In der Folge erläuterte der Ukrainer Wiacheslaw Yatsiuk, der Sonderbeauftragte des amtierenden OSZE-Präsidenten, die Prioritäten seines Landes für das Jahr 2013. Er betonte in diesem



Zusammenhang, welcher wichtigen Beitrag die PV OSZE dabei leisten könne, die von der Ukraine anvisierten Ziele zu erreichen. Zu diesen zählen die Fortsetzung der Vermittlung im Transnistrien-Konflikt, die Erhöhung der Energiesicherheit und die Unterstützung der Entwicklung der Zivilgesellschaft. Er gab bekannt, dass der OSZE-Ministerrat am 5. und 6. Dezember 2013 in Kiew stattfinden werde.

An der gemeinsamen Schlussitzung unterstrich der OSZE-Generalsekretär Lamberto Zannier, dass der Ministerrat von Dublin einige positive Ergebnisse gebracht habe, wie die Lancierung des Helsinki+40-Prozesses, den Beitritt eines neuen Mitglieds, der Mongolei, und den Beschluss der Regierungen, die transnationalen Bedrohungen in den Mittelpunkt der politischen Agenda zu stellen. Wie Barbara Prammer bedauerte auch er die Unfähigkeit der Mitgliedstaaten, in anderen Sicherheitsbereichen einen Konsens zu finden. Er rief dazu auf, die Zivilgesellschaft stärker in die Entscheidungsprozesse im OSZE-Raum einzubinden sowie neue Partnerschaften zu entwickeln, und forderte ein stärkeres Engagement der OSZE im Bereich der Konfliktprävention.

In ihrer Funktion als Sonderbeauftragte der PV OSZE für Gleichstellungsfragen präsentierte Hedy Fry von der kanadischen Delegation den Mitgliedern der PV OSZE die jüngsten Aktivitäten der OSZE zur Förderung der Gleichstellung von Mann und Frau. Sie betonte, dass die Gleichstellungsförderung ein wichtiges Anliegen der Versammlung bleiben müsse. Mehrere Abgeordnete thematisierten in der anschließenden Debatte die Frage nach den besonderen Auswirkungen der Krisen in den Bereichen Wirtschaft, Politik, Umwelt und Ernährung auf die Frauen und riefen die OSZE dazu auf, ihre Bemühungen fortzusetzen und auf diese Weise verheerende sozioökonomischen Auswirkungen zu verhindern.

2.1.1 Sonderdebatte vom 22. Februar 2013 über die Krisen in Syrien, in der Sahel-Zone und in Nordafrika

Aufgrund der zu diesem Zeitpunkt aktuellen Ereignisse, die als «Arabischer Frühling» bekannt geworden sind, ging es in der Sonderdebatte um die Situation in Syrien, in der Sahel-Zone und in Nordafrika. Die Debatte begann mit einer sehr engagierten Rede des Amerikaners Alcee Hastings, dem Sonderbeauftragten der PV OSZE für den Mittelmeerraum, der alle Teilnehmenden aufforderte, angesichts des Konflikts in Syrien, der dieses Land spalte und bereits Tausende Menschenleben gefordert habe, auf ihr Gewissen zu hören. Er bedauerte zutiefst, dass sich die Versammlung derart uneinig darüber ist, wie auf diese Krise reagiert werden soll. Er rief dazu auf, die nationalen Unterschiede zu überwinden und eine gemeinsame internationale Lösung zu finden. Konkret forderte er die Regierungen dazu auf, die Waffenlieferungen nach Syrien zu stoppen und alles dafür zu tun, Bachar al-Assad vor den Internationalen Gerichtshof in Den Haag zu bringen.

Marcela Villarreal von der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) schloss sich den Worten Hastings an und ermutigte die anwesenden Parlamentarierinnen und Parlamentarier den nötigen politischen Willen zur Lösung des Konflikts zu zeigen. Für 3 Millionen der 22 Millionen Syrerinnen und Syrer sei die Ernährungslage derzeit mehr als unsicher. Sie betonte, wie wichtig es deshalb sei, den Schwerpunkt weiterhin auf die Bekämpfung des Hungers und der Ernährungsunsicherheit in Syrien zu legen.

Im Anschluss an diese Wortmeldungen anerkannten mehrere Anwesende die enormen Anstrengungen, welche die Türkei, Jordanien und der Libanon unternehmen, um den syrischen Flüchtlingen zu helfen.



Andere Teilnehmende stellten die Krisen in der Sahel-Zone und in Nordafrika in den Mittelpunkt ihrer Wortmeldungen und sprachen dabei Themen wie humanitäre Hilfe, Terrorismus, Migrationspolitik, Militäreinsätze, Schutz von Frauen und Kindern, Waffen- und Drogenschmuggel sowie Menschenhandel an. Herausforderungen, welche die OSZE und die gesamte internationale Gemeinschaft zu bewältigen haben.

Die Schweizer Delegation verzichtete darauf, im Rahmen dieser Debatte Stellung zu nehmen.

2.2 Arbeiten des Ständigen Ausschusses am 21. Februar 2013

An der Sitzung des Ständigen Ausschusses am 21. Februar 2013 wurde in erster Linie intensiv über den am Ministertreffen im Dezember 2012 in Dublin gefassten Beschluss des Präsidiums der PV OSZE diskutiert, das Kooperationsabkommen mit dem BDIMR einseitig aufzukündigen. OSZE-Generalsekretär Spencer Oliver erklärte den Mitgliedern des Ständigen Ausschusses, dass die PV OSZE seit der Kündigung des Abkommens zwei Wahlbeobachtungsmissionen ohne die Unterstützung des BDIMR durchgeführt hat, eine in Rumänien und eine in Armenien. Er erinnerte daran, dass dem Beschluss, das Abkommen von 1997 aufzukündigen, jahrelange Meinungsverschiedenheiten zwischen der PV OSZE und dem BDIMR über die jeweiligen Zuständigkeiten bei der gemeinsamen Durchführung der Wahlbeobachtungsmissionen vorausgegangen seien.

Die Schweizer Delegation hatte sich bereits vor dieser Sitzung mit dieser Angelegenheit befasst. Sie hatte im Januar 2013 in einem offiziellen Schreiben an Präsident Migliori ihr Bedauern darüber zum Ausdruck gebracht, dass dieser Beschluss so wenig transparent gefällt wurde und ihm keine umfassendere Konsultation der Versammlungsmitglieder vorausging.

Mehrere Delegationspräsidentinnen und -präsidenten, darunter Christine Egerszegi-Obrist, wiesen an der Sitzung in Wien auf die Nachteile dieses Beschlusses hin und forderten die beiden Institutionen auf, ihre Zusammenarbeit schnell wiederaufzunehmen. Die Schweizer Delegationspräsidentin gab insbesondere zu bedenken, dass die Haltung der PV OSZE den institutionellen Zusammenhalt und die externe Legitimität der OSZE eindeutig schwäche. Der mit der Kündigung des Abkommens einhergehende Glaubwürdigkeitsverlust erschwere es der PV OSZE, sich in den Prozess der institutionellen Reform der OSZE («Helsinki+40») einzubringen, wodurch die lang erwartete Gelegenheit verpasst werde, sich innerhalb der OSZE Gehör zu verschaffen. Die Schweizer Delegation äusserte zudem die Befürchtung, die PV OSZE werde nicht nur intern an Glaubwürdigkeit verlieren, sondern auch gegenüber jenen parlamentarischen Versammlungen, die weiterhin mit dem BDIMR zusammenarbeiten, namentlich der parlamentarischen Versammlung des Europarates. Schliesslich wies Ständerätin Egerszegi-Obrist auch darauf hin, dass die PV OSZE finanziell und logistisch nicht in der Lage sei, langfristige Wahlbeobachtungsmissionen durchzuführen. Diese wurden bislang regelmässig vom BDIMR durchgeführt.

Auch wenn es vereinzelt Stimmen im Ständigen Ausschuss gab, welche sich für die alleinige Durchführung gewisser Wahlbeobachtungsmissionen aussprachen, so befürwortete es die Mehrheit der anwesenden nationalen Delegationen jedoch, die Gespräche mit dem BDIMR wiederaufzunehmen. Deshalb wurde der Ad-hoc-Ausschuss «Transparenz und Reform der OSZE» unter Leitung des Belgiers François-Xavier de Donnea beauftragt, Lösungen zum Abbau der Spannungen zwischen PV OSZE und BDIMR zu suchen. Auf diese Weise konnten die Wahlbeobachtungsmissionen unter der gemeinsamen Leitung der beiden Institutionen rasch wiederaufgenommen werden.



Im Übrigen berichtete Präsident Riccardo Migliori an dieser Sitzung von seinem Besuch in der Türkei, namentlich an der Grenze des Landes zu Syrien. Der Slowene Roberto Battelli, Schatzmeister der PV OSZE, erklärte des Weiteren, dass der seit vier Jahren bestehende Budgetstopp die Mitarbeiter der PV OSZE stark unter Druck setze, und forderte die nationalen Delegationen auf, ihre finanziellen Beiträge leicht zu erhöhen.

2.3 Arbeiten der drei Allgemeinen Ausschüsse am 21. und 22. Februar 2013

Im Rahmen seiner Arbeiten zur Vorbereitung der Jahrestagung von Istanbul entschied sich der von der Schwedin Asa Lindestam präsidierte Ausschuss für politische Angelegenheiten und Sicherheit, sein Hauptaugenmerk auf die Themen Waffenkontrollen, Sicherheit an den Grenzen des OSZE-Raums und Auswirkungen des Rückzugs der internationalen Truppen aus Afghanistan im Jahr 2014 zu setzen. An der Ausschusssitzung hielt zudem Botschafter Knut Vollebaek, Hoher Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten, einen Vortrag mit dem Titel «OSZE und Friedenspolitik: das nachhaltige Erbe von Helsinki», in dem er die in der Schlussakte von Helsinki enthaltenen Bestimmungen in Sachen Bekämpfung der Diskriminierung nationaler Minderheiten lobte.

In der Sonderdebatte über die Schaffung einer Sicherheitsgemeinschaft rief General Hakan Syren, ehemaliger Präsident des Militärausschusses der Europäischen Union, dazu auf, die Zusammenarbeit und die Koordination zwischen den OSZE-Mitgliedstaaten zu verbessern, um die negativen Auswirkungen der in zahlreichen europäischen Ländern vorgenommenen Kürzungen der Verteidigungsetats zu verringern. Der ständige Vertreter der USA bei der OSZE erklärte, es sei notwendig, den konsensbasierten Entscheidungsprozess der OSZE zu modernisieren. Auch die ständigen Vertreter der Türkei und Russlands waren eingeladen, das Wort zu ergreifen.

Der von der kirgisischen Abgeordneten Roza Aknazarowa präsidierte Ausschuss für wirtschaftliche Angelegenheiten, Wissenschaft, Technologie und Umwelt befasste sich insbesondere mit Wirtschaftsfragen und zeigte sich besorgt über die kontraproduktiven sozialen Auswirkungen exzessiver Sparmassnahmen. Der Berichterstatter des Ausschusses, der Zypriert Christos Stylianides, kündigte an, er werde in seinem Bericht für die Jahrestagung im Juli 2013 in Istanbul im Hinblick auf die Förderung des Wachstums eine Reform der Sozial- und Wirtschaftspolitik in den von der Krise hart getroffenen Ländern anmahnen.

Halil Yurdakul Yigitgüden, der Koordinator der OSZE-Aktivitäten in den Bereichen Wirtschaft und Umwelt, präsentierte die Prioritäten seines Bereiches für 2013, zu denen namentlich die Bekämpfung der Korruption, der Austausch guter Praktiken, die Umweltsicherheit und die Good Governance zählen.

Im Mittelpunkt der Arbeiten des Ausschusses für Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Fragen standen die Meinungs- und Pressefreiheit. Es wurden verschiedene Medienvertreterinnen und -vertreter aus dem OSZE-Raum angehört, darunter auch Medienschaffende aus Weissrussland und Russland. Zhanna Litwina, die Präsidentin des weissrussischen Journalistenverbandes, erklärte, dass es den Medien in Weissrussland unmöglich sei, ihren Informationsauftrag zu erfüllen, da unabhängige Journalistinnen und Journalisten vom Staat bedroht würden. Andrej Kolesnikow, stellvertretender Redakteur der Zeitung *Novaya Gazeta*, sagte, dass eine freie Meinungsäußerung in Russland aufgrund der ausgeprägten staatlichen Kontrolle der Medien zwar schwierig sei, es aber dennoch möglich sei, Zugang zu qualitativ hochwertigen und differenzierten Informationen zu haben. Dunja Mijatovic, die OSZE-Beauftragte für Medienfreiheit, bedauerte es, dass die Parlamente vieler Länder des OSZE-Raums Mediengesetze ohne vorherige Konsultation der Zivilgesellschaft verabschiedeten.



Die Berichterstatterin des Ausschusses, die Irin Ann Phelan, kündigte an, dass sich ihr Bericht für die Jahrestagung in Istanbul hauptsächlich damit befassen werde, wie in den Risikoregionen der OSZE Bildungs- und Aufklärungsmassnahmen zur Bekämpfung des Menschenhandels beitragen können.

3 Jahrestagung der PV OSZE vom 29. Juni bis 3. Juli 2013 in Istanbul

Die 22. Jahrestagung der PV OSZE fand vom 29. Juni bis 3. Juli 2013 in Istanbul statt. Im Mittelpunkt dieser Tagung stand auf Initiative der Schweizer Delegation der «Helsinki+40»-Prozess. Sie hatte dieses Thema gemeinsam mit den Delegationen Serbiens und der Ukraine per offiziellem Schreiben an Präsident Migliori als Hauptthema für Istanbul vorgeschlagen. Die Delegation zeigte sich erfreut darüber, dass ihr Vorschlag vom Präsidium angenommen wurde, und auf diese Weise eine Kontinuität zwischen den OSZE-Präsidentschaften der Ukraine, der Schweiz und Serbiens (2013-15) gewährleistet werden konnte.

Darüber hinaus wurden an der Tagung auch weitere Themen behandelt, so zum Beispiel die humanitäre Krise in Syrien, das Verfahren zur Schlichtung des Transnistrien-Konflikts und wie bereits 2011 und 2012 die Lage in Weissrussland. Gegenstand einer Entschliessung waren zudem die Vertrauensbildung sowie die Erhöhung der Transparenz und der Verantwortung innerhalb der OSZE-Institutionen. Des Weiteren standen die Wiederwahlen und Neuwahlen der Präsidenten der Allgemeinen Ausschüsse sowie des Präsidenten, des Vizepräsidenten und des Schatzmeisters der PV OSZE auf dem Programm.

Neben ihrer Präsidentin, Ständerätin Christine Egerszegi-Obrist, und ihrem Vizepräsidenten, Nationalrat Andreas Aebi, gehörten der Schweizer Delegation die Nationalrätinnen Ida Glanzmann-Hunkeler und Margret Kiener Nellen an. Die Delegationsmitglieder beteiligten sich an der Arbeit der drei Ausschüsse und an den Plenarsitzungen. Die Delegation legte sieben Änderungsanträge zu den Entschliessungsentwürfen zum Helsinki+40-Prozess vor, von denen sechs mit grosser Mehrheit angenommen wurden.

Im Folgenden wird die Arbeit der verschiedenen Organe der Parlamentarischen Versammlung zusammengefasst. Alle an der Plenarversammlung vom 3. Juli 2013 diskutierten und verabschiedeten Entschliessungsentwürfe wurden in die Schlusserklärung von Istanbul aufgenommen. Neben den Entschliessungen der drei Allgemeinen Ausschüsse zum Thema «Helsinki+40» sind dies 23 weitere Entschliessungen. Die entsprechenden Dokumente sind unter www.oscepa.org in der Rubrik «Publications» einsehbar.

3.1 Plenarsitzungen vom 29. Juni, 2. Juli und 3. Juli 2013

Bei der Eröffnung der Jahrestagung der PV OSZE am 29. Juni 2013 erinnerte der Präsident der türkischen Parlamentsdelegation, Emin Önen, daran, dass die Parlamentarische Versammlung eines der wichtigsten Organe der OSZE ist und eine zentrale Rolle bei der Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung spielt. Nachfolgend begrüsst verschiedene Rednerinnen und Redner die Delegierten und äusserten ihre Erwartungen in Bezug auf diese Tagung.

Der ukrainische Aussenminister und OSZE-Präsident des Jahres 2013, Leonid Koschara, präsentierte anschliessend die Ziele der ukrainischen Präsidentschaft und die Fortschritte, die seit Anfang des Jahres bereits erzielt wurden. Er wies darauf hin, dass man besonders aktiv um die Lösung des Transnistrien-Konflikts bemüht gewesen sei und die ukrainische Parlamentsdelegation auch eine Entschliessung zu diesem Thema eingereicht habe. Ausserdem erklärte er, dass die



Ukraine die Gespräche in Genf über die Lösung des Ossetien-Konflikts zwischen Georgien und Russland aktiv gefördert habe sowie die Minsk-Gruppe bei der Suche nach einer Lösung des Bergkarabach-Konflikts unterstützt habe. Er erwähnte in seiner Rede auch die Schweiz und Serbien und sagte, dass man zu dritt im Rahmen des «Helsinki+40»-Prozesses eine gemeinsame Agenda bis 2015, dem Jahr, in dem die OSZE-Gründungsakte 40 Jahre alt werde, entwickelt habe.

Im Anschluss an den ukrainischen Aussenminister sprach dessen türkischer Amtskollege Ahmet Davutoğlu. Er setzte sich zunächst einmal für die internationalen Interessen der Stadt Istanbul ein, die eine internationale Stadt werden und internationale Organisationen anziehen möchte. Danach mahnte er, dass die OSZE ihre Anstrengungen zur Lösung jener Konflikte, die sich nach dem Fall des Eisernen Vorhangs entwickelt haben, fortsetzen müsse. Des Weiteren unterstrich er, welche Bedeutung die Parlamentarierinnen und Parlamentarier in ihrer Funktion als Volksvertreter für die menschliche und wirtschaftliche Sicherheit haben.

OSZE-Generalsekretär Lamberto Zannier rief in seiner Rede dazu auf, die politisch-militärische Zusammenarbeit zu verbessern und begrüßte die Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und Serbien, die im Hinblick auf ihre aufeinanderfolgenden Präsidentschaften ihren Willen bekräftigt hätten, der OSZE ein gemeinsames Dokument vorzulegen.

Des Weiteren präsentierte die kanadische Abgeordnete Hedy Fry, die Sonderbeauftragte der PV OSZE für Gleichstellungsfragen, in der Eröffnungssitzung einen Bericht über sexuelle Gewalt gegen Frauen in und nach Konfliktsituationen sowie über den Frauenanteil innerhalb der OSZE-Organe.

Der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan konnte aufgrund anderweitiger politischer Verpflichtungen nicht an der Eröffnungssitzung teilnehmen, weshalb es sein Sprecher war, der die Grussworte an die Versammlung richtete. Dieser sicherte der Versammlung auch die Unterstützung der Türkei für die Arbeit der OSZE zu.

Nach den verschiedenen Reden ergriffen mehrere Parlamentarierinnen und Parlamentarier das Wort. Sie kritisierten namentlich das enorme Polizeiaufgebot und den Einsatz von Tränengas gegen die Demonstrierenden rund um den Taksim-Platz. Die Protestbewegung in der Türkei war im Übrigen während der fünf Sitzungstage Gegenstand mehrerer Wortmeldungen sowohl seitens der ausländischen Delegationen als auch der türkischen Delegation.

Nationalrätin Kiener Nellen rief die türkischen Behörden auf, der Aufforderung des Menschenrechtsausschusses der Interparlamentarischen Union (IPU) zu entsprechen und diesem einen Besuch bei neun derzeit inhaftierten türkischen Parlamentsmitgliedern zu ermöglichen.

3.2 Arbeiten des Ständigen Ausschusses am 29. Juni 2013

Unter der Leitung des Interimspräsidenten der PV OSZE, dem Österreicher Wolfgang Grossruck, beschloss der Ständige Ausschuss, 23 der 29 vorgelegten zusätzlichen Beratungsgegenständen zur Behandlung an die zuständigen allgemeinen Ausschüsse der PV OSZE zu überweisen. Von der Tagesordnung gestrichen wurden einige sensible Themenvorschläge, die sich direkt auf einzelne Länder bezogen («die Menschenrechte in Russland», «die Situation in Kasachstan», «die Kurden in der Türkei»). In der allgemeinen Abschlussdebatte bedauerte ein norwegischer Abgeordneter die Politik der Versammlung, sich traditionell nicht mit Themen zu befassen, die speziell auf ein Mitgliedland abzielen, sondern Probleme nur unter einem globaleren Gesichtspunkt anzusprechen.



Der Ständige Ausschuss wählte zudem fünf der verabschiedeten Beratungsgegenstände aufgrund ihres ganzheitlichen Charakters für die Behandlung in der Plenarsitzung aus:

- die Entschliessung über die Vertrauensbildung sowie die Erhöhung der Transparenz und der Verantwortung innerhalb der OSZE-Institutionen (François-Xavier De Donnea, Belgien);
- die Betreuung der Opfer von Menschenhandel (Chris Smith, USA);
- die humanitäre Krise in Syrien (Emin Önen, Türkei);
- länderüberschreitende Adoptionen (Roger Wicker);
- die Pressefreiheit (Marie Arena, Belgien).

Diese Entschliessungen wurden in der Vollversammlung – teilweise nach Abänderung – verabschiedet.

Der Ständige Ausschuss befasste sich des Weiteren erneut mit den Modalitäten der künftigen Zusammenarbeit zwischen der PV OSZE und dem BDMIR bei der Führung der Wahlbeobachtungskommissionen. Er beschloss auf der Grundlage des Berichts von François-Xavier de Donnea, die Gespräche wiederaufzunehmen (siehe Kapitel 2.2) und am Abkommen von 1997 festzuhalten, allerdings nicht ohne einige Abklärungen vorzunehmen, um Spannungen bei den Wahlbeobachtungsmissionen künftig zu vermeiden.

Schatzmeister Roberto Battelli präsentierte an dieser Sitzung das Budget der Versammlung für 2013-2014. Dieses sieht eine leichte Erhöhung der Finanzbeiträge der Mitgliedsparlamente für 2014 vor.

Darüber hinaus präsentierte an dieser Sitzung der ehemalige PV-OSZE-Präsident Joao Soares (Portugal) im Namen der zuständigen Arbeitsgruppe einige Änderungen der Verfahrensregeln der PV OSZE, welche vom Ausschuss einstimmig angenommen wurden. Künftig soll zu Gunsten der Qualität der Debatten die Zahl der Beratungsgegenstände an den Jahrestagungen so weit wie möglich verringert werden. Zudem sind die nationalen Delegationen in Zukunft nicht mehr verpflichtet, die Umsetzung der von der PV OSZE verabschiedeten Entschliessungen in ihrem Land zu überprüfen. Dies sehr zum Leidwesen der Schweizer Delegation, welche sich seit 2008 um ein intensives Follow-up in der Schweiz bemüht hat und die anderen Delegationen stets aufgerufen hat, selbiges in ihren Ländern zu tun.

Schliesslich erklärte die Präsidentin der Schweizer Delegation, Ständerätin Christine Egerszegi-Obrist, an dieser Sitzung den Willen der Schweizer Bundesversammlung, die Herbsttagung der PV OSZE im Jahr 2014 in Genf durchzuführen. Sie wies darauf hin, dass das Schweizer Parlament in seiner Wintersession 2013 noch das Budget für diese Tagung zu genehmigen habe.

3.3 Arbeiten des Allgemeinen Ausschusses für politische Angelegenheiten und Sicherheit am 30. Juni, 1. Juli und 2. Juli 2013

Die Arbeiten des Ausschusses für politische Angelegenheiten und Sicherheit fanden unter der Leitung seiner Präsidentin, der Schwedin Asa Lindestam, statt. Der Ausschuss beriet den Entschliessungsentwurf der litauische Delegierten und Berichterstatterin des ersten Ausschusses, Vilija Aleknaite Abramikiene, sowie die 74 Änderungsanträge zu dieser Entschliessung und sieben zusätzliche Beratungsgegenstände.

In ihrem Bericht und ihrem Entschliessungsentwurf befasst sich Vilija Aleknaite Abramikiene mit der Wiederherstellung einer Sicherheitsgemeinschaft, einem Thema, das sowohl an den Gipfel von Istanbul 1999 als auch an den Helsinki+40-Prozess anknüpft. Wie sie bereits an der Wintertagung in



Wien angekündigt hatte, stehen folgende drei Themen der kollektiven Sicherheit im OSZE-Raum im Zentrum dieses Berichts:

- die Rüstungskontrolle nach der von der PV OSZE auf der Grundlage der Erklärung von Monaco beschlossenen Aktualisierung des Wiener Dokuments;
- die Lösung der anhaltenden Konflikte im OSZE-Raum (z. B. Transnistrien oder Russland-Georgien) unter Berücksichtigung der möglichen Beiträge der Parlamentarierinnen und Parlamentarier in diesem Friedensprozess;
- die allfälligen Herausforderungen für die OSZE im Zusammenhang mit dem Rückzug der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppen (ISAF) aus Afghanistan (namentlich Sicherung der Grenzen, Bekämpfung des Terrorismus und Zusammenarbeit mit den Afghanischen Nationalen Sicherheitskräften).

Nach der Präsentation dieses Berichts und des entsprechenden Entschliessungsentwurfs wurden 74 Änderungsanträge beraten. Nicht weniger als 30 davon wurden letztlich angenommen, darunter vier Anträge von Nationalrätin Glanzmann-Hunkeler. Die Schweizer Beiträge, auf welche sich die Delegation an ihrer Sitzung vom 22. Mai 2013 geeinigt hatte, betrafen die Verstärkung der demokratischen Kontrolle der Streit- und Sicherheitskräfte seitens der OSZE-Mitglieder mittels einer strengen Anwendung des Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit sowie die Bedeutung der OSZE-Dokumente über Klein- und Leichtwaffen. Alle Schweizer Anträge wurden angenommen, drei davon sogar einstimmig.

Der Ausschuss befasste sich zudem mit sieben zusätzlichen Beratungsgegenständen, die ihm in der Form eines Entschliessungsentwurfs unterbreitet worden waren. Alle wurden abgeändert und dann angenommen. Es ging dabei um folgende Themen:

- die Rolle der lokalen und regionalen Behörden im Versöhnungsprozess nach einem Konflikt (Ignacio Sanchez-Amor, Spanien);
- der Ausbau der Partnerschaft mit den Mittelmeerstaaten, die nicht OSZE-Mitglied sind, unter Einbezug der palästinensischen Autonomiebehörde (Marie Arena, Belgien);
- die Lösung des Transnistrien-Konflikts (Oleg Zarubinskyi, Ukraine);
- die Cyber-Sicherheit (Liisa-Ly Pakosta, Estland);
- die Arktis (Kent Harstedt, Schweden);
- Guantanamo (Lord Alfred Dubs, Vereinigtes Königreich);
- die Lage im Nahen Osten und ihre Auswirkungen auf den OSZE-Raum (Isabel Pozuelo, Spanien).

Der umstrittenste Beratungsgegenstand war der Einbezug der palästinensischen Autonomiebehörde in die Partnerschaft mit den Mittelmeerstaaten, die nicht OSZE-Mitglied sind; eine Forderung, die in der PV OSZE seit Jahren diskutiert wird. Die entsprechende Entschliessung wurde nur mit sehr knapper Mehrheit angenommen.

3.4 Arbeiten des Allgemeinen Ausschusses für wirtschaftliche Angelegenheiten, Wissenschaft, Technologie und Umwelt am 30. Juni, 1. Juli und 2. Juli 2013

In Abwesenheit des Präsidenten leitete die Vizepräsidentin Roza Aknazarowa (Kirgisistan) die Arbeiten des Ausschusses für wirtschaftliche Angelegenheiten, Wissenschaft, Technologie und Umwelt. Der Ausschuss beriet den Bericht und den Entschliessungsentwurf der Deutschen Doris Barnett, Berichterstatterin des Ausschusses, sowie sieben zusätzliche Beratungsgegenstände.



Doris Barnett erklärte bei der Präsentation ihres Berichts, dass das Hauptthema der Tagung von Istanbul «Helsinki+40» die Gelegenheit biete, die seit der Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki im Jahr 1975 erzielten Fortschritte zu bilanzieren, die Schlussakte durch die Aufnahme der in den letzten 40 Jahren neu aufgetretenen Bedrohungen zu aktualisieren und die in den drei Sicherheitsdimensionen der OSZE eingegangenen Verpflichtungen zu erneuern. Barnett bedauerte, dass in der Dimension Wirtschaft und Umwelt so wenige Fortschritte gemacht wurden, umso mehr, als in diesem Bereich wichtige Fragen der Sicherheit zu klären und auf erhebliche Bedrohungen zu reagieren sei. Sie betonte deshalb die Notwendigkeit, diese Dimension im Rahmen des Helsinki+40-Prozesses zu stärken. Sie schlug namentlich vor, nach dem Vorbild der menschlichen Dimension eine Konferenz über die Umsetzung der Verpflichtungen in der zweiten Dimension durchzuführen. Nach der Beratung der 22 Änderungsanträge wurde die Entschliessung von Doris Barnett in abgeänderter Fassung einstimmig angenommen.

Die Schweizer Delegation hatte an ihrer Sitzung vom 22. Mai 2013 beschlossen, keine Ergänzungen oder Änderungen der besagten Entschliessung zu beantragen.

Des Weiteren behandelte der Ausschuss die folgenden sieben zusätzlichen Beratungsgegenstände:

- das Wassermanagement als Priorität des OSZE-Vorsitzes 2014 (Ybeltje Berckmoes-Duindam, Niederlande);
- Energiespar- und Energieeffizienzmassnahmen im OSZE-Raum (Oleg Zarubinskyi, Ukraine);
- die Umweltkomponente der Energiesicherheit (Ruhi Acikgoz, Türkei);
- die Verbesserung der Sicherheit in den Grenzregionen der OSZE (Roza Aknazarowa, Kirgisistan);
- die Rolle der Geschlechter vor dem Hintergrund der Arbeitsmigration (Swetlana Byschkowa, Kasachstan);
- die Gewährleistung der Rechte der Kinder als Schutz vor deren wirtschaftlicher Ausbeutung (Swetlana Byschkowa, Kasachstan);
- die Zusammenarbeit im Bereich der nachhaltigen Entwicklung und der Entwicklung einer «grünen Wirtschaft» (Wiktor Guminsky, Weissrussland).

Die entsprechenden Entschliessungen wurden alle angenommen.

3.5 Arbeiten des Allgemeinen Ausschusses für Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Fragen am 30. Juni, 1. Juli und 2. Juli 2013

In Abwesenheit des Präsidenten leitete die Vizepräsidentin Isabel Santos (Portugal) die Arbeiten des dritten Ausschusses. Nachdem die Berichterstatterin des Ausschusses, die irische Abgeordnete Ann Phelan, ihren Bericht und den entsprechenden Entschliessungsentwurf präsentiert hatte, wurden die 51 dazu eingereichten Änderungsanträge beraten. Letztlich wurden 27 Anträge, darunter zwei der Schweizer Delegation, angenommen und in die Schlusserklärung integriert, welche mit grosser Mehrheit (nur zwei Gegenstimmen und zwei Enthaltungen) verabschiedet wurde.

Im Rahmen des Hauptthemas «Helsinki+40» resümierte Anne Phelan die Menschenrechtslage im OSZE-Raum. Sie zog dabei eine Bilanz der Fortschritte, die in den vergangenen 40 Jahren erzielt wurden, sprach aber auch die bestehenden Mängel und Verletzungen an. Sie befasst sich in ihrem Bericht insbesondere mit dem Menschenhandel und der Bekämpfung seiner Ursachen, einem Thema, das von diesem Ausschuss regelmässig behandelt wird. Darüber hinaus geht es in diesem Bericht um die Presse- und die Glaubensfreiheit, die Notwendigkeit einer Überwachung der Haftbedingungen, die Gewährleistung der demokratischen Transparenz durch Wahlbeobachtungen sowie um das Bedürfnis nach Transparenz in der parlamentarischen Arbeit. Phelan bedauerte den fehlenden Konsens der OSZE-Mitglieder in der menschlichen Dimension, durch den echte



Fortschritte im Bereich der Menschenrechte verhindert würden. Sie sagte, dass der Helsinki+40-Prozess nicht als Erfolg betrachtet werden könne, wenn bereits über grundlegende Fragen in der menschlichen Dimension keine Einigkeit bestehe.

Entsprechend den Beschlüssen der Schweizer Delegation an ihrer Sitzung vom 22. Mai 2013 legte Nationalrätin Kiener Nellen drei Änderungsanträge zur Entschliessung von Ann Phelan vor. Zwei davon wurden mit grosser Mehrheit angenommen, einer abgelehnt. Mit dem ersten Antrag wurde gefordert, die Arbeiten im Bereich der menschlichen Dimension besser zu organisieren. Dies soll vor allem mit einer verstärkten Strukturierung der Arbeiten des von der Schweiz präsidierten Komitees der menschlichen Dimension erreicht werden, durch die den an dieser Diskussionsplattform teilnehmenden Regierungsvertreterinnen und -vertretern eine bessere Vorbereitung ermöglicht würde. Dieser Antrag wurde diskussionslos angenommen.

Der zweite Antrag von Nationalrätin Kiener Nellen forderte die PV OSZE auf, die im Menschenrechtsbereich tätigen NGOs und Think-Tanks einzuladen, sich an den Arbeiten der Versammlung zu beteiligen (oder sich zumindest in diese einzubringen), um so die konkrete Umsetzung der Menschenrechtsempfehlungen der PV OSZE zu erleichtern. Auch dieser Antrag der Schweizer Delegation war unumstritten.

Der dritte Antrag hingegen fand im Ausschuss keine Mehrheit. Er bekräftigte die Notwendigkeit einer gemeinsamen Durchführung der Wahlbeobachtungsmissionen durch die PV OSZE und das BDIMR und erinnerte an die Bedeutung des Kooperationsabkommens von 1997 und die wichtigen Beiträge dieser beiden Institutionen zum guten Funktionieren der Wahlbeobachtungen. Ständerätin Egerszegi-Obrist hatte an der Sitzung des Ständigen Ausschusses der PV OSZE im Rahmen der Wintersitzung in Wien vehement die Ansicht verteidigt, dass diese beiden Institutionen gleichberechtigt sein sollten. Eine knappe Mehrheit des dritten Ausschusses sprach sich jedoch dafür aus, dass die PV OSZE bei der Durchführung von Wahlbeobachtungsmissionen die führende Rolle übernehmen soll.

Nach der Verabschiedung der Entschliessung von Ann Phelan unterstützte der Ausschuss noch die vier folgenden zusätzlichen Beratungsgegenstände:

- die Stärkung der Institutionen der Zivilgesellschaft im OSZE-Raum (Azay Guliyew, Aserbeidschan);
- Weissrussland (Christian Holm, Schweden);
- Massnahmen zur Förderung der Religions- und Glaubensfreiheit im OSZE-Raum (Dean Allison, Kanada);
- die Stärkung der Rolle der Erziehung bei der Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und anderen Formen von Intoleranz und Diskriminierung (Mehmet Naci Bostanci, Türkei).

3.6 Wahlen der Mitglieder der Präsidiums der PV OSZE und der Präsidien der Allgemeinen Ausschüsse am 2. und 3. Juli 2013

Wie jedes Jahr standen am letzten Tag der Jahrestagung die Wahlen bzw. Mandatsverlängerungen der Mitglieder des Präsidiums der PV OSZE an. Zudem bestimmten die drei Allgemeinen Ausschüsse am 2. Juli nach Abschluss ihrer Arbeiten die neue Zusammensetzung ihrer Präsidien.

Seit der Jahrestagung 2013 in Istanbul ist das Präsidium der PV OSZE, welches den Präsidenten, die Vizepräsidenten und den Schatzmeister der Versammlung umfasst, wie folgt zusammengesetzt:

- Präsident: Ranko Krivokapic, Präsident des Montenegrinischen Parlaments;



- Vizepräsidentinnen und -präsidenten: Isabel Pozuelo (Spanien), Alain Neri (Frankreich), Walburga Habsburg Douglas (Schweden), George Tsereteli (Georgien), Robert Aderholt (USA), Vilija Aleknaite Abramikiene (Litauen), Doris Barnett (Deutschland), Emin Önen (Türkei), Ilkka Kanerva (Finnland);
- Schatzmeister: Roberto Battelli (Slowenien).

Die Mitglieder des Ausschusses für politische Angelegenheiten und Sicherheit wählten folgende Personen als ihre Vertreter:

- Präsident: Makis Voridis (Griechenland) ;
- Vizepräsident: Azay Guliyew (Aserbeidschan);
- Berichterstatterin: Pia Kauma (Finnland).

An die Spitze des Ausschusses für wirtschaftliche Angelegenheiten, Wissenschaft, Technologie und Umwelt wurden folgende Personen gewählt:

- Präsidentin: Roza Aknazarowa (Kirgisistan);
- Vizepräsidentin: Nilza Sena (Portugal);
- Berichterstatter: Roger Williams (Vereinigtes Königreich).

Dem Ausschuss für Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Fragen sitzen folgende Personen vor:

- Präsidentin: Isabel Santos (Portugal);
- Vizepräsident: Mehmet Sevki Kulkuloglu (Türkei);
- Berichterstatterin: Gordana Comic (Serbien).

3.7 Fazit der Delegation über die Jahrestagung in Istanbul

Die Delegationsmitglieder zeigten sich insgesamt zufrieden mit dem Resultat der Jahresversammlung. Sechs der sieben von der Delegation vorgelegten Änderungsanträge wurden mit grosser Mehrheit angenommen und in die Erklärung von Istanbul integriert. Nationalrätin Kiener Nellen ergriff bei der Schlussdebatte das Wort, um die Qualität der Beratungen innerhalb des dritten Ausschusses zu loben. Ausserdem begrüsst sie, dass im Rahmen der Arbeiten zur menschlichen Dimension eine ausgewogene Entschliessung zu Helsinki+40 angenommen wurde. Die Delegation erinnert daran, dass es wichtig ist, die auf internationaler Ebene gefällten Beschlüsse innerhalb der nationalen Parlamente zu diskutieren, da sie anderenfalls nur reine Theorie sind.

Die Delegation bedauert allerdings, dass ihr Antrag betreffend die gleichberechtigte Zusammenarbeit von PV OSZE und BDIMR bei den Wahlbeobachtungsmissionen nicht angenommen wurde. Dennoch hat sie Vertrauen in die Fähigkeiten dieser beiden Institutionen, auch künftig zusammenarbeiten zu können.

4 Herbsttagung der PV OSZE vom 13. bis 15. Oktober 2013 in Budva

Die Herbsttagung der PV OSZE fand vom 13. bis 15. Oktober 2013 in Budva (Montenegro) unter der Leitung des am 2. Juli 2013 in Istanbul gewählten PV-OSZE-Präsidenten Ranko Krivokapic statt. Für die Schweizer Delegation nahmen deren Präsidentin Christine Egerszegi-Obrist und deren Vizepräsident Andreas Aebi an der Tagung teil.

An der Eröffnungsveranstaltung erinnerte Präsident Krivokapic an den noch nicht lange zurückliegenden OSZE-Beitritt von Montenegro im Jahr 2006, der zur Einrichtung einer OSZE-Mission in dem Land geführt hat. Er sagte, dass Montenegro als Bindeglied zwischen Ost und West eine wichtige Rolle im OSZE-Raum spielen könne. Des Weiteren forderte er, anhand einer schnellen



Definition der Ziele von «Helsinki+40» die Möglichkeit zu einem Dialog zu schaffen, mit dem die bestehenden Konflikte gelöst und die künftigen Krisen besser bewältigt werden können. Namentlich angesichts der transnationalen Bedrohungen sei eine Zusammenarbeit zwischen den OSZE-Ländern unerlässlich. Er rief dazu auf, gemeinsame, menschenrechtskonforme Lösungen zu finden. Zudem appellierte er an die OSZE-Länder, ihre Partner im Mittelmeerraum zu unterstützen, und kam dabei namentlich auf die Migrationsprobleme an den Grenzen der Krisenländer und auf die Menschenrechtsverletzungen in Syrien und in einigen im Umbruch befindlichen nordafrikanischen Ländern zu sprechen.

Am Mittelmeerforum der PV OSZE, das 2013 unter dem Motto «Der Mittelmeerraum: eine Union der Kulturen» stand, betonte Präsident Krivokapic, dass es wichtig sei, das Thema Mittelmeer in den Helsinki+40-Prozess einzubeziehen. Jean-Claude Mignon, der Präsident der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, erinnerte in der Folge an die Bedeutung der Zusammenarbeit zwischen den beiden Versammlungen, namentlich bei der Bewältigung von so grossen Herausforderungen wie der Flüchtlingsproblematik an den Grenzen Syriens, den humanitären Folgen des Kriegs in Syrien und den sich teilweise schwierig gestaltenden politischen Umbrüchen in Nordafrika und im Nahen Osten. In der anschliessenden Debatte wurde vielfach bedauert, dass keine internationale Lösung für den Konflikt in Syrien gefunden werden konnte.

An der ersten Sitzung dieser Herbsttagung, die unter dem Motto «Bekämpfung des Terrorismus und der transnationalen Bedrohungen im OSZE-Raum unter Wahrung der Menschenrechte» stand, leitete PV-OSZE-Vizepräsident Alain Neri (Frankreich) die Debatte. Dieser sagte eingangs, dass es bei der Bekämpfung von Extremismus auch wichtig sei, die Demokratie sowie die wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Rechte zu stärken. Mohammed Alam Ezedyar, Vizepräsident des Oberhauses des afghanischen Parlaments, erklärte, dass man den Terrorismus nicht nur militärisch bekämpfen dürfe, sondern auch die sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen, religiösen und ideologischen Aspekte dieses Phänomens berücksichtigen müsse. Alexey Lyschenkow, Koordinator der OSZE-Aktivitäten im Bereich der Bekämpfung der transnationalen Bedrohungen, wies darauf hin, dass der Ministerrat der OSZE im Dezember 2012 in Dublin einen konsolidierten Rahmen für die Terrorismusbekämpfung verabschiedet hat. In der anschliessenden Debatte betonten zahlreiche Parlamentarierinnen und Parlamentarier, dass zur Bekämpfung des Terrorismus zwingend dessen Finanzierung unterbunden werden müsse.

Die zweite Sitzung, die unter dem Motto «Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf die Sicherheit» stand, fand unter der Leitung des Vizepräsidenten George Tsereteli (Georgien) statt. Dieser betonte die Rolle der PV OSZE als Diskussionsplattform, die es den Teilnehmenden aus den verschiedenen Regionen der Welt ermögliche, zu verhindern, dass jene Feindseligkeiten und Ängste wieder auftreten, die bereits schwere zwischenstaatliche Konflikte im OSZE-Raum ausgelöst haben. Die kirgisische Abgeordnete Roza Aknazarowa erinnerte im Anschluss daran, dass der Anstieg der Arbeitslosigkeit, der eine direkte Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise sei, in vielen Ländern ein erheblicher Faktor der Instabilität sei. Sie wies zudem darauf hin, dass sich Migrationsdruck und Armut negativ auf die Sicherheit auswirken und in Kombination zu einem Anstieg von Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz beitragen könnten. In der Debatte wurde betont, wie wichtig es sei, das wirtschaftliche Wachstum zu fördern. Dabei wurden unter anderem folgende Massnahmen genannt: Steigerung der Produktivität in den Ländern des Südens, Innovationsförderung, Förderung des freien Handels und Abbau der bürokratischen Hindernisse für KMU.

Die letzte Sitzung dieser Tagung stand unter dem Motto «Integration in multiethnischen Gesellschaften». Die PV-OSZE-Vizepräsidentin Isabel Puzuelo (Spanien), welche die Sitzung leitete, nannte Intoleranz und Vorurteile als destabilisierende Faktoren und Ursachen für



Unsicherheit. Sie forderte zur Wahrung der Menschenrechte und zum Schutz der Minderheiten auf. Astrid Thors, Hohe Kommissarin der OSZE für nationale Minderheiten, sagte in ihre Rede, dass die Menschen durch die Globalisierung praktisch zwangsläufig in multiethnischen Gesellschaften lebten. Vor diesem Hintergrund sei es wichtig, die Gesellschaften gemäss den im Jahr 2012 veröffentlichten Richtlinien von Ljubljana zu integrieren. So erinnerte sie zum Beispiel an das Schicksal der Sinti und Roma, deren Beteiligung am öffentlichen Leben und deren Zugang zur Bildung in zahlreichen OSZE-Ländern noch nicht garantiert seien. Sie bedauerte, dass der vom BDIMR erarbeitete OSZE-Aktionsplan von 2003 zur Verbesserung der Situation der Sinti und Roma trotz der Erhöhung der Fördermittel bislang nur wenig bewirkt habe. In der anschliessenden Debatte bezeichneten die Mitglieder der Versammlung die Integration einen Grundpfeiler für die Wahrung der globalen Sicherheit. Sie wünschten sich ausserdem eine stärkere Berücksichtigung der Bedürfnisse der eingewanderten Arbeitskräfte und deren bessere Integration in ihren Gastländern.

Am Rande dieser Sitzungen hatten Christine Egerszegi-Obrist und Andreas Aebi die Gelegenheit, sich mit PV-OSZE-Präsident Ranko Krivokapic zu unterhalten. Sie luden ihn zu einen Besuch nach Bern ein, um dort die Vertreterinnen und Vertreter des Schweizer OSZE-Vorsitzes zu treffen, aber auch um den Startschuss für die Arbeiten des Schweizer Parlaments im Hinblick auf den OSZE-Vorsitz des Landes geben.

5 Arbeiten und Schlussfolgerungen der Delegation

5.1 Umsetzung der Erklärung von Monaco vom 9. Juli 2012

Bei ihrer Jahrestagung 2012 (5. bis 9. Juli) befasste sich die PV OSZE mit dem Hauptthema «Die OSZE - eine Region im Wandel», dem die drei Allgemeinen Ausschüsse einen Grossteil ihrer Arbeiten widmeten. An dieser Tagung wurde eine 106 Paragrafen umfassende Erklärung verabschiedet, deren drei Kapitel jeweils eine der drei Sicherheitsdimensionen der OSZE abdecken (Kapitel I: militärisch-politische Dimension, Ausschuss für politische Angelegenheiten; Kapitel II: Wirtschafts- und Umweltdimension, Ausschuss für wirtschaftliche Angelegenheiten, Wissenschaft, Technologie und Umwelt; Kapitel III: menschliche Dimension, Ausschuss für Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Fragen).

Wie jedes Jahr traf sich die Delegation auch 2012 im Anschluss an die Jahrestagung, um über das weitere Vorgehen in Bezug auf diese drei Kapitel aber auch in Bezug auf die anderen in der Erklärung von Monaco enthaltenen Entschliessungen zu entscheiden. So hatte die PV OSZE in Monaco 28 Entschliessungen zu Beratungsgegenständen verabschiedet, die nicht in Zusammenhang mit dem Hauptthema der Tagung standen.

Die Delegation beschloss an ihrer ordentlichen Sitzung vom 17. Oktober 2012, die Arbeiten zum nationalen Follow-up zur Erklärung von Monaco in die Wege zu leiten. Zudem wählte sie gemäss den von ihr gesetzten Themenschwerpunkten aus den 28 die Erklärung ergänzenden Entschliessungen drei aus, deren Follow-up auf nationaler Ebene ebenfalls zu überprüfen ist:

- die Entschliessung zu Helsinki+40, präsentiert von Ständerätin Christine Egerszegi-Obrist;
- die Entschliessung über die Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus und Radikalisierung als Auslöser von Terrorismus, präsentiert von Nationalrätin Ida Glanzmann;
- die Entschliessung über die OSZE und die jungen Demokratien in der arabischen Welt, präsentiert von Charles Gardetto (Fürstentum Monaco).

Die Überprüfung dieser Entschliessungen besteht aus:

- einer Zusammenfassung der Entschliessungstexte;



- einem Überblick über die von der Bundesverwaltung ergriffenen oder geplanten Massnahmen zu den Paragrafen, deren Empfehlungen sich an die Regierung richten;
- einem Überblick über die Ratsverhandlungen zu den Paragrafen, deren Empfehlungen sich an die nationalen Parlamente richten.

An ihrer Sitzung vom 23. Mai 2013 prüfte die Delegation das Arbeitsdokument über den Stand der Umsetzung dieser Entschliessungen durch die Bundesbehörden (diesem Bericht beigelegt und in der Rubrik «Resolutionen» der Seite der Delegation auf www.parlament.ch abrufbar). Die Delegation kam zum Schluss, dass die Arbeiten und Rechtsgrundlagen auf Bundesebene den Entschliessungstexten entsprechen und sah keinen weiteren Handlungsbedarf. Das Arbeitsdokument wurde folglich an die Führungsgremien der PV OSZE weitergeleitet, um in das Dokument über das Follow-up der Erklärung von Monaco für den gesamten OSZE-Raum eingefügt werden zu können.

Die Delegation bedauert, dass sie diese Aufgabe zum letzten Mal zu erfüllen hatte, da die Bestimmung im Reglement der PV OSZE, gemäss der die nationalen Delegationen an der Erstellung des Dokuments zum Follow-up der Entschliessungen der PV OSZE beizutragen hatten, vom Ständigen Ausschuss am 29. Juni 2013 aufgehoben wurde (siehe Kapitel 3.2).

Die Erklärung von Monaco ist auf der Internetseite der PV OSZE (www.oscepa.org) abrufbar.

5.2 Schwerpunkte der Delegation für das Jahr 2014

Im Mittelpunkt der Delegationsarbeiten stand die Vorbereitung der Jahrestagung der PV OSZE. Wie in Kapitel 3 dieses Berichts erwähnt, stellte sie sieben Änderungsanträge zu Entschliessungsentwürfen, die sich mit dem Hauptthema «Helsinki+40» befassten, von denen sechs angenommen wurden. Die Schweizer Delegation verfolgt aufmerksam die Entwicklungen bei den im Rahmen von Helsinki+40 geplanten institutionellen Reformen. Bereits an der Jahrestagung der PV OSZE 2012 in Monaco hatte Delegationspräsidentin Egerszegi-Obrist eine Entschliessung zu diesem Thema vorgelegt, die in der Folge einstimmig angenommen worden war. Mit ihrem offiziellen Gesuch an den damaligen PV-OSZE-Präsidenten Riccardo Migliori, die institutionellen Reformen zum Hauptthema der Jahrestagung 2013 in Istanbul zu machen, knüpfte die Delegation also an die im Jahr 2012 begonnenen Arbeiten an.

Für das Jahr des Schweizer OSZE-Vorsitzes hat sich die Delegation die vier folgenden strategischen Ziele gesetzt:

- Fortsetzung ihrer Arbeiten zur institutionellen Reform der OSZE («Helsinki+40»), welche 2012 von der Schweiz angeregt wurde;
- Verstärkung des Engagements im Bereich der Wahlbeobachtungen;
- Fortsetzung der Zusammenarbeit mit den PV-OSZE-Delegationen der Ukraine und Serbiens im Einklang mit dem Kontinuitätsbestreben dieser drei Länder in Bezug auf den OSZE-Vorsitz;
- Förderung der Good Governance im Bereich der Sicherheit.

Die 2012 in Monaco begonnene Zusammenarbeit mit den PV-OSZE-Delegationen der Ukraine und Serbiens wurde auch 2013 fortgesetzt, namentlich an der Jahrestagung in Istanbul. Zum einen trafen sich die parlamentarischen Delegationen der Schweiz und Serbiens, um ihre Anstrengungen zur Unterstützung der aufeinanderfolgenden OSZE-Vorsitze ihrer Länder zu bündeln. So richteten sie eine Absichtserklärung an den Vorsitz der PV OSZE, in welcher sie ihre aktive Unterstützung für die von ihren Ländern festgelegten Ziele zum Ausdruck bringen. Auch halten sie in dieser Erklärung fest, dass sie sich gemeinsam für einen raschen Abschluss der von den beiden Ländern vorgesehenen institutionellen Reformen der OSZE («Helsinki+40») einsetzen wollen. Zum anderen



lud die Schweizer Delegation ihre ukrainischen und serbischen Kolleginnen und Kollegen zu einem Arbeitsbesuch nach Bern ein, um diesen die Funktionsweise der Schweizer Institutionen und der Schweizer Direktdemokratie zu präsentieren. Aufgrund der politischen Krise in der Ukraine hat dieser Besuch jedoch noch nicht stattgefunden.

Einer der thematischen Schwerpunkte der Herbsttagung der PV OSZE, die vom 3. bis 5. Oktober 2014 in Genf stattfinden und deren Gastgeber das Schweizer Parlament sein wird, wird die gute Regierungsführung im Bereich der Sicherheit sein. Die Delegation zeigt sich im Übrigen erfreut über die hervorragende Zusammenarbeit mit dem Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte, ihrem Hauptpartner bei der Vorbereitung der Herbsttagung 2014.

Die strategischen Ziele der Delegation stehen natürlich im Einklang mit den Zielen des Schweizer Vorsitzes. Die Delegation hatte an ihrer Sitzung vom 17. September 2013 die Gelegenheit, sich mit Bundesrat Burkhalter über diese Ziele zu unterhalten. Unter dem Leitmotiv « Eine Sicherheitsgemeinschaft im Dienste der Menschen schaffen » möchte die Schweiz ihr Präsidentschaftsjahr dazu nutzen, ihre internationalen Verpflichtungen zu bestätigen und angesichts der zahlreichen seit Jahren andauernden Konflikte im OSZE-Raum ihre Erfahrung als Vermittlerin einzubringen. Die Schweiz hat für ihre Aktivitäten drei Schwerpunkte definiert: Förderung von Sicherheit und Stabilität im OSZE-Raum, Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen, Stärkung der Handlungsfähigkeit der OSZE.

5.3 Schlussfolgerungen der Delegation

2014, das Jahr des Schweizer OSZE-Vorsitzes, hält schwierige Herausforderungen parat, bietet aber auch einige gute Gelegenheiten. Der OSZE-Vorsitz eröffnet der Schweiz die Möglichkeit, ihre Kompetenzen bei der Friedensförderung in den Dienst der europäischen und zentralasiatischen Stabilität zu stellen, was sowohl für die Schweiz als auch für ihre Partner im OSZE-Raum von Nutzen ist.

Zu den Herausforderungen, die es zu bewältigen gilt, zählt die Delegation – aus rein parlamentarischer Sicht betrachtet – die grosse Vielfalt von parlamentarischen Systemen im OSZE-Raum. Als gewählte Vertreterinnen und Vertreter der Völker des OSZE-Raums obliegt es den Mitgliedern der 57 der PV OSZE angehörenden Parlamente, mittels Dialog und Zusammenarbeit für die Wahrung von Frieden und Sicherheit im OSZE-Raum zu sorgen. Dennoch gilt es auf die enormen Unterschiede zwischen den verschiedenen nationalen Parlamenten hinzuweisen, haben die einen doch grossen Einfluss auf die Regierungsführung in ihrem Land, während die anderen lediglich eine untergeordnete Rolle spielen und kaum mehr tun können, als die Beschlüsse ihrer jeweiligen Regierung zur Kenntnis zu nehmen.

Trotz dieser Heterogenität wird die PV OSZE weiterhin einen Dialog für Frieden und Sicherheit führen sowie Massnahmen zur wirtschaftlichen Entwicklung im OSZE-Raum fördern und für die Gewährleistung der Meinungsfreiheit sowie die Anwendung der Menschenrechte und somit die Wahrung rechtstaatlicher Prinzipien einstehen. Es wird die Aufgabe der Schweizer Präsidentschaft sein, bei den verschiedenen Regierungen des OSZE-Raums dafür einzutreten, diesen Weg weiter mitzugehen und die genannten Werte zu verteidigen. Es handelt sich dabei um eine einzigartige Gelegenheit, die traditionelle Kompetenz der Schweiz bei der Vermittlung in Konflikten in den Dienst der Stabilität und der Sicherheit im OSZE-Raum zu stellen.



Die Delegation möchte schliesslich betonen, dass es für den Schweizer Vorsitz unerlässlich ist, die Parlamente in seine Arbeiten einzubeziehen. Denn die Parlamentarierinnen und Parlamentarier vertreten meist nicht nur die Interessen ihrer Parteien, sondern auch die Belange von Verbänden, Stiftungen oder NGOs aus der Zivilgesellschaft. Mit Hinweis auf die wichtige Rolle, welche die Zivilgesellschaft in den letzten Jahren im OSZE-Raum gespielt hat, ruft die Delegation die Schweizer Präsidentschaft dazu auf, die Organisationen, welche die Interessen der Bürgerinnen und Bürger vertreten, so umfassend wie möglich zu beteiligen. Der Einbezug der Zivilgesellschaft würde eine hervorragende Möglichkeit darstellen, die Sichtbarkeit der OSZE zu verbessern und deren Einsatz für den Frieden bekannter zu machen.

6 Reisekosten der Delegation

Im Jahr 2013 beliefen sich die Ausgaben der Delegationsmitglieder für Reisen im Rahmen ihres offiziellen Mandats (Flug- und Zugbillette) auf 22'000 Franken.